

# ausreißer

Die Grazer Wandzeitung

Sept./Oktober 2006

Foto: Bettina Mayer



**POLITIK** und  
**GESELLSCHAFT**

Ausgabe #12

Der Frage, was *“Menschen eben”* fertig bringen, wie *“Käuflich”* Wahlentscheidungen sind und welche Freiheiten sich manche dagegen bei der Interpretation der *“Bedeutung von Demokratie”* nehmen, während *“Asymmetrische Herrschaftsstrukturen”* ein exorbitantes Ungleichgewicht bei der wechselseitigen Beeinflussung von Politik und Gesellschaft herstellen, wird in der aktuellen Ausgabe des *“ausreißer”* ebenso nachgegangen wie *“Entscheidung gegen herrschende Strukturen”* auf den Punkt gebracht wird oder *“Meine, deine, unsere Rechte in der Demokratie”* aufs Tapet kommen. Kritisch hinterfragt wird weiters das Verhältnis von *“Sexualität und Politik”* oder auch *“16 Stunden Hörspiele”* für den ORF eingefordert, wenn es schon um die *“Unmöglichkeit von Vernunft in der Politik”* geht...

#### **Zur aktuellen Titelseite:**

*“The Ministry of Silly Walks”*, zu deutsch *„Das Ministerium für albernes Gehen“* ist ein Sketch aus der legendären Serie *„Monty Python’s Flying Circus“* (Episode 14 *„Face the Press“*) und wurde erstmals 1970 ausgestrahlt.

Der Minister, gespielt vom göttlichen John Cleese, ist zuständig für das Entwickeln und Erhalten alberner Gehweisen und nimmt diese Tätigkeit – *very british* – *very seriously*. Die Art und Weise in der Cleese den *„Silly Walk“* bestreitet, ist einzigartig komisch und beansprucht vor allem enorm viel Zeit. So wird der Sketch von vielen als Anspielung auf eine unnötig umständliche Bürokratie gesehen, bzw. die Existenz eines *„Ministeriums für Albernes Gehen“* als Parodie auf politische *„Selbsterhaltungs- bzw. Beschäftigungsmaßnahmen“*. Man kann es aber auch so sehen, dass viele Politiker, bei dem Kasperltheater das sie veranstalten, genauso ernst bleiben wie John Cleese in diesem Sketch!

*Ulrike Freitag und Evelyn Schalk*

---

## **Käuflich**

### **Propaganda 1**

2. 9. 2006. ÖVP-Wahlkampfauftakt am Grazer Hauptplatz. Leute rennen mit rot-weiß-roten Schals mit ÖVP-Logo durch die Gegend, lassen sich mit Bier abfüllen und fressen sich an den Standln in der Herrengasse voll. Dafür ist neben den lokalen VP-Granden die gesamte schwarze Ministerriege angetreten und ein Bundeskanzler, der auf Sachthemen plädiert und mit Jahrmarktstimmung auf Stimmenfang geht. Tage zuvor wurde bereits die riesige Bühne aufgebaut, die technisch alle Stückln spielt (vom sonst so gepriesenen Sparen kann da wohl keine Rede sein), um dann am Samstag Vormittag die Wähler auf die selbe Tour zu kaufen, die auch auf den verrufenen Werbefahrten praktiziert wird: Gratis Schnitzel, dafür nehmt's die angepriesene Ware zum absolut überhöhten Preis. Aber, um Gottes Willen kein Zwang, freie Wahl – doch der Preis wird am Ende in jedem Fall zu hoch gewesen sein.

### **Propaganda 2**

Subtiler agierte man da schon bei der Affichierung des 500-m<sup>2</sup>-Schüssel-Plakats an der Fassade des eingerüsteten Grazer Opernhauses. Einen besseren Platz konnte sich die ÖVP zur Wahlwerbung nicht wünschen und die Stadtregierung, ohnehin schwarz

dominiert, lässt sich mit 250 € Gebühren pro Tag kaufen – lapidare Scheinrechtfertigung: man könne ja nichts dafür, wenn die Baufirma vergesse, um die Genehmigung anzusuchen (die natürlich problemlos im Nachhinein erteilt wird, man kann ja schließlich nicht so sein...)

Dagegen wollten offenbar jene ein Zeichen setzen, die besagtes Plakat über Nacht mehr oder weniger demontierten, die Partei besorgte dann den Rest und ließ es ganz abnehmen; freilich nur, um es kurz darauf wieder in voller Größe und Strahlkraft zu erneuern – neues Papier, altes Motiv...

Nicht genug damit, dass der Missbrauch eines öffentlichen Gebäudes als Werbefläche an sich schon einen weiteren Schritt in Richtung absoluter (und bewusster!) Verkommerzialisierung des öffentlichen Raums bedeutet, dieses dann aber auch noch mit politischer Propaganda zu tapezieren, widerspricht jeglicher Auffassung von offener Pluralität – dann könnte man doch gleich Wahlwerbung auch noch im Wahllokal, bei der Urne und am Stimmzettel zulassen, vielleicht hat dann auch noch der/die VertreterIn der zuletzt stärksten Partei das Recht, beim Kreuzmachen hinter dem/der WählerIn zu stehen und ihm/ihr „gute Tipps“ zu verabreichen?

*Evelyn Schalk*

# plädoyer für einen post-modernen politischen diskurs

## ***Das Dilemma: Die prinzipielle Unvernunft des politischen Diskurses***

Politik und Gesellschaft verändern sich, man weiß nicht, ob zum Guten oder Schlechten – und außerdem: Wer sollte das schon beantworten können? Darüber hinaus wäre es eine normative Frage, d. h. man ginge von vorneherein davon aus, man könnte wissen, was eine gute oder schlechte Politik/Gesellschaft wäre und man würde den Ist-Zustand entsprechend von dieser (Ideal-)Fiktion ausgehend beurteilen. Auch wenn wir in Wahrheit immer nur auf diese Art argumentieren, denken und diskutieren, also von mehr oder minder unausgesprochenen Vorstellungen und Werten ausgehen, ist damit jede rationale Reflexion zum Scheitern verurteilt (deswegen haben Diskussionen auch nie ein vernünftiges Ergebnis). Man muss schon einmal auch sich selbst gegenüber ehrlich sein und sich sagen, dass man eben auch selbst keine Antwort darauf hat (und nicht haben kann), was eine gute oder schlechte Politik und Gesellschaft sei (– außer man meint, Gott zu sein!). Dieser selbstpeinigende Versuch einer unerreichbaren Ehrlichkeit, sich selbst einzureden, man wüsste nicht, was an der derzeitigen Politik falsch bzw. nicht gut ist, soll nur dazu dienen, nicht in das alltägliche politische Hickhack zu verfallen. Denn der „Sinn“ dieses meist entwürdigenden Theaters der politischen Bühne ist es ja gerade, einen politischen Zustand zu schaffen, der es unmöglich macht zu entscheiden, was politisch (und das müsste eigentlich heißen: für die Gesellschaft bzw. die soziale Gemeinschaft) besser oder schlechter ist. Denn wenn in politischen Belangen niemand mehr zwischen gut und schlecht unterscheiden kann, kann auch kein Politiker mehr verantwortlich gemacht werden. Wie hätte er es als Politiker besser wissen können, wenn es *niemand* besser wissen kann? Damit zeigt sich ein aktuelles Paradox der derzeitigen gesellschaftlich-politischen Verfassung: Das Kasperltheater der Politik entspricht genau dem Kasperltheater unseres

Wissens hinsichtlich dessen, was gut oder falsch sein soll. Wenn wir also unseren Ehrlichkeitswahn bis an diesen Punkt durchhalten, ergibt sich bedauerlicher Weise das bekannte Dilemma der Indifferenz, das man folgendermaßen auf den Punkt bringen könnte: Da wir alle verschieden sind (Individuen) und keine allgemein gültigen Werte des Richtigen und Falschen mehr behaupten können, können wir auch niemanden mehr verurteilen bzw. zur Verantwortung ziehen – nicht einmal „die Politik“ und bestimmte Politiker. Unsere Ehrlichkeit entwaffnet uns also bis zur Unmöglichkeit der Kritik (an allem und jedem). Und so mancher Politiker weiß natürlich genau um diese Hilflosigkeit einer Kritik, die auf Vernunftprinzipien aufbauen möchte und die damit konsequenter Weise aus dem Wissen um die Unmöglichkeit, „es“ zu wissen, hervorgeht, d. h. man weiß um die Hilflosigkeit der Ehrlichkeit aus Vernunft. Vernünftige Kritik ist heute aus Vernunftgründen nicht mehr möglich. Deshalb appelliert Politik so gerne an „Vernunft“: Diese würde die Kritiker nämlich mundtot machen!

### ***Freibrief für die Unvernunft?***

Die entscheidende Frage ist also: Kann sich die Politik das philosophische Dilemma der Vernunft (d. h. dass es aus den Prinzipien der Vernunft heraus keine Möglichkeit gibt, gut/richtig und schlecht bzw. falsch zu definieren) zunutze machen und sich als Konsequenz daraus gegen Kritik immunisieren (m. a. W. mit der überdrüssig bekannten Phrase, dass es niemand hätte wissen können – nicht einmal die Experten –, aus der Verantwortung entziehen)? Droht hier der „Freibrief“ für jeden irrationalen politischen Diskurs, da ja die Rationalität des Diskurses offensichtlich kein Kriterium mehr für die politische Entscheidung (aber auch für deren Kritik) ist?

Alle philosophisch Interessierten wissen: Dies ist der

Ausgangspunkts des „Streits“ zwischen einem französischen Post-Modernisten und dem (selbst ernannten) Vertreter der Moderne (im Zeitalter der Postmoderne), Jürgen Habermas. Vor allem geht es darum, wie man auf diese dilemmatische Situation, in der die Vernunft angeblich abgedankt habe, reagieren könne: Durch ein Festhalten an der Idee der Rationalität oder gibt es eine alternative Option, das möglicherweise in ein (lügnerisches, gewalttätiges) Chaos ableitende (politische) „Anything goes“ so zu „regeln“, dass es nicht notwendig im Inhumanen (z. B. in Terror, in Machtmonopolen, Faschismen und Fundamentalismen) endet? Geht man von der (kritischen) Position aus, dass Entscheidungen eben nunmehr prinzipiell auf keine absolute, rechtfertigende Grundlage mehr zurückgeführt werden können – weder im Sinne einer Wahrheit noch einer moralischen Norm –, so verändert sich der „Status“ des Begriffs „Entscheidung“: Denn Entscheidungen sind nunmehr von vorneherein nur mehr relative Entscheidungen, d. h. sie implizieren ein „Ablaufdatum“ bzw. die ausdrückliche Verpflichtung, einmal gefällte Entscheidungen einer ständigen Kritik und Revision zu unterziehen, da sie ja per definitionem immer nur eine (eher zufällige, d. h. durch eingeschränktes Wissen, Interessen und emotionale Präferenzen beeinflusste) Wahl aus vielen (gleichwertigen) Optionen darstellen. Die Abkehr von der Idee (Fiktion), es gäbe absolut richtige Entscheidungen und jemand sei auch in der Lage, diese zu fällen, würde paradoxerweise als *logische (und damit wohl auch vernünftige) Konsequenz* implizieren, dass diese Entscheidungen eben nicht für immer gelten (sollen) sondern so schnell wie möglich kritisiert, revidiert und verbessert(!) gehören. M. a. W.: *Gerade die „Erkenntnis“ der Unmöglichkeit, absolut rationale Entscheidungen treffen zu können, führt rational zu einem Mechanismus der kritischen Korrektur* – ein Mechanismus, der auch der Wirklichkeit unserer

Welt entspricht, denn natürlich verändern sich auch die „Rahmenbedingungen“ und Voraussetzungen, auf deren Grundlage Entscheidungen zu treffen sind. Erst auf der Basis des Prinzips einer *Abkehr von der Wahrheits- bzw. Richtigkeitsdoktrin* des politischen, moralischen oder religiösen Diskurses („Es gibt *nur eine* Wahrheit und *eine* richtige Meinung und alle anderen werden ausgeschlossen!“) können Entscheidungsprozesse zu offenen, pluralen und demokratischen Prozessen transformiert werden, die gerade wegen ihrer Eigenart, immer nur „vorläufig“, d. h. niemals die „ganz“ richtige zu sein, auch ihre Verbesserung ermöglichen. *Akzeptiert man die prinzipielle Relativität von Entscheidungen, dann ist es ein Gebot der Vernunft, Entscheidungen immer wieder zu überprüfen und zu ändern.* Wenn in der alltäglichen politischen Kultur dieser „postmoderne“ Mechanismus der Entscheidungsverbesserung nicht funktioniert sondern eher als „Tohuwabohu“ erscheint, dann aufgrund der modernistischen Anmaßung, man könne tatsächlich wissen, wo es „langgeht“. Die drohende „postmoderne Beliebigkeit“ gibt es nur da, wo man den logischen „zweiten Zug“ nicht macht – nämlich die Entscheidungsmöglichkeiten durch *Denken(!)* zu vermehren, um so die *größtmögliche* Chance auf die *bestmögliche* Entscheidung zu haben. Lieber postmodern denkend als sich modern die Köpfe um eine angebliche Wahrheit „einzuschlagen“, die meist keine ist. *Die postmoderne Situation ist eine Aufforderung zu „denken“, zu lernen und zu verbessern – nur da, wo die Bereitschaft dazu fehlt, wird die postmoderne Beliebigkeit (nicht nur im politischen Bereich) zum Chaos und zur Gewalt!*

---

Erwin Fiala

# sexualität und politik

*Ein Widerspruch oder einfach nur peinlich?*

Im Wahlkampf schimmert das Thema Sexualität immer wieder durch dumpfbackig-widerliche Hetz-Parolen aller Art, leeren Koalitionsaussagen sowie Versprechungen einfach alles besser und rechter zu machen.

## **Sexualität und Gewalt**

In der Politik wird Sexualität sehr oft ausschließlich in einem negativen Zusammenhang wahrgenommen: Vergewaltigungen (speziell in Ehe und Familie kaum thematisiert, in Verbindung mit Rassismus eher – anscheinend belästigen nur afrikanische oder arabische Männer Frauen), sexuelle Übergriffe, Pädophilie. Über Konsequenzen (lebenslange Haftstrafen) für diese Vergehen wird statt sachlicher Diskussion mit wüsten Statements um sich geworfen – dass mit einer solchen Vorgehensweise Probleme wie Kindesmissbrauch kaum in den Griff zu bekommen sind, versteht sich eigentlich von selbst.



## **Positive Besetzung des Themas Sexualität**

Doch wo bleibt die positive Besetzung des Begriffs Sexualität im Diskurs? Mühevoll und sanft drängt sich das Thema Sexualität an Seitenschauplätzen ein Stückweit nach vorne: Im Bereich der Öffnung der Ehe oder der eingetragenen PartnerInnenschaft für Schwule und Lesben, eingebracht durch Grüne, Liberale oder Teile der SozialdemokratInnen, schimmert das Thema (Homo-)Sexualität durch den Wahlkampf. Zerstampft wird das zarte Pflänzchen dann wieder durch die brachiale Vater-Mutter-Kind Familienpolitik der ÖVP.

## **Verlogenheit**

Extrem unangebracht und verlogen ist der Umstand, dass einige PolitikerInnen, die gegen Schwule und Lesben hetzen (lassen) gleichzeitig selbst gleichgeschlechtlichen Sex ungeniert praktizieren. Das betrifft vor allem einzelne männliche Politiker des nunmehrigen BZÖ in der Steiermark und in Kärnten. Sie schicken zwar ihre Justizministerin vor, um Vorschläge für eingetragene PartnerInnenschaften einzubringen, der Großteil der eigenen Partei lehnt dies jedoch ab und sie selbst schweigen dazu lieber beharrlich. Einige davon leben anscheinend gut damit, zwei Rollen zu spielen: eine vorgetäuscht in der Öffentlichkeit, die andere im dunklen Hinterzimmer. Diskriminierung kann ungehindert weiter bestehen. Wieso sollten sich auch rechtsextreme PolitikerInnen für eine Gleichstellung von homosexuellen Menschen einsetzen? Das passt eben nicht ins ideologische Konzept.

## **Umgang mit verschiedenster Sexualität**

Eine positiv besetzte Diskussion um die unterschiedlichen Auslebensarten von Sexualität in Österreich wäre bitter nötig, Maßnahmen gegen Diskriminierung ebenso. Verschiedene Beziehungsformen (Ehe, Part-

nerInnenschaft, freies Zusammenleben) zwischen Frau und Frau, Frau und Mann sowie Mann und Mann müßten dazu endlich, wie schon reell existierend in den Niederlanden, Belgien, Spanien, Kanada oder im amerikanischen Bundesstaat Massachusetts, auch in Österreich völlig gleichgestellt werden, Themen wie Bi-, Trans- und Intersexualität viel mehr Platz eingeräumt werden sowie der Umgang mit Sexualität generell, mit Selbstbefriedigung oder sexuell übertragbaren Krankheiten (AIDS, Syphilis,...) offen zur Sprache kommen. In Schulbüchern und im Unterricht müsste ausgiebiger darüber berichtet bzw. diskutiert werden. Das Thema Sexualität und Alter ist ein weiteres absolutes Tabu im öffentlichen Raum.

### Unverkrampt

Durch die unverkrampte Behandlung der Themen – anstatt in dümmlicher Art und Weise in Talkshows zerredet zu werden – sowie eine Diskussion über eine positive und gestärkte Sexualität ließen sich Missbrauch und Gewalt eindämmen. Wenn Kinder und junge Erwachsene einerseits in ihrer Sexualität bestärkt werden und andererseits lernen, klar Nein zu sagen, ist schon jede Menge gewonnen. Bisher hat sich die österreichische Gesellschaftspolitik diesen wichtigen Diskussionen traditionsgemäß verweigert – die Sinnhaftigkeit einer solchen Tradition steht jedoch auf einem anderen Blatt.

Gerald Kuhn



Comic: Jörg Vogeltanz

# entscheidung gegen herrschende strukturen



Foto: Arthur Kuhn

## ***Nägel brauchen Köpfe.***

Wirtschaft, wie wir sie heute kennen, ist schon ein Komisches: Alle wissen, wie sie funktioniert („ist ja klar“ und „Geld gibt's halt nur begrenzt“ und ...) und jedeR sagt ungeniert: Kein Interesse („ist mir zu kompliziert“). Gestern behaupteten unsre Entscheidungseliten, bei Wirtschaft könne mensch nicht lenkend, politisch eingreifen (außer: noch immer Kommunist ...), heute feiern sich dieselben Eliten für ihr erfolgreiches Zutun zu einer sich erholenden Wirtschaft ... „Rahmenbedingungen geschaffen (!)“ ... und morgen haben, schon wieder dieselben, schon wieder keinen Handlungsspielraum, leider ... und Globalisierung, und internationaler Wettbewerb, und alles schon gehört.

## ***Nicht Wirt sondern Herr! ...schaft***

Fürs Gute gelobt zu werden und fürs Schlechte nichts zu können: Das wurde freilich nicht für den Bereich Wirtschaft erfunden, sondern ist Herrschaftsstrategie – gerade in unseren modernen Zeiten, wo nicht einzelne Personen, sondern Strukturen herrschen...

[Kurzer Exkurs:] Da Strukturen bekanntlich wie die Geister in der materiellen Welt nichts bewegen können, brauchen wir die Konstruktion der „FunktionsträgerIn“ – und wenn ich von *den Eliten* und *uns, den Herrschenden* und *Beherrschten, den Reichen* und *Armen* rede, so rede ich NICHT von einzelnen konkreten Menschen! ... und FunktionsträgerInnen können mangels konkreter Persönlichkeit gar nichts persönlich nehmen, nicht beleidigt sein, nicht persönlich angegriffen werden. [Kurzer Exkurs Ende.]

Fürs Gute gelobt zu werden und fürs Schlechte nichts zu können: Ein wahrlich unbeschwertes, risikofreies Leben. Auf der anderen Seite des gesellschaftlich-sozialen Spektrums sind wir Normalsterblichen, die Mehrheit,

„die Massen“, wenn auch auseinanderdividiert je nach Zweck, Mode und Anlass. Verlässlich daran zu erkennen, dass sie genau gegenteilig wie die Eliten beurteilt werden: Also fürs Schlechte (selbst-)verantwortlich, fürs Gute dankbar sein zu müssen.

Wenn z.B. *die Arbeitslosigkeit* steigt, ist höchstens *die Wirtschaftslage*, abhängig von *äußeren, unbeeinflussten und -baren Faktoren*, schuld. In jeden Fall aber die einzelnen Arbeitslosen: Ob sie zu faul und/oder dumm für *die richtige* Bildung oder Arbeit sind: Die Einzelne soll sich nicht aufs System ausreden (früher: nicht den König beleidigen), ihr individuelles Schicksal meistern, bitte nicht faul und/oder dumm sein/bleiben und so weiter und so fort. Ein prekäres Leben in unmündiger Unsicherheit: Selbst das Wenige, dass dir zugestanden (!) wird, kann morgen noch weniger werden. Aber gleichzeitig warnen die, die systematisch nicht verlieren können, vor zuviel Sicherheitsbedürfnis der Menschen, und die, die strukturell immer auf ihre Kosten kommen, vor zu viel Risikoscheue. [Ausführlicher im lesenswerten „Kein Mitleid mit dem Pöbel.“ von *Laurent Cordonnier*. Original: RAISONS D'AGIR Éditions, Paris 2000.] Sinkt die Arbeitslosigkeit - tatsächlich oder „nur statistisch“ -, hören die Betroffenen niemals Lob...

### **Geisterjäger ändern die Strukturen**

Wenn Strukturen - hintergründig verantwortlich gleich Geistern - Gleichberechtigung verhindern, Herrschaft und Ungleichverteilung verursachen, dann liegt genau dort der Ansatzpunkt für Veränderungen. Etwa vermehrte, verbesserte demokratische Mitsprache für sozial Schwache (genauer: Schwachgemachte) oder Erwerbslose (genauer: Erwerbslosgemachte): bei den jeweiligen demokratischen Institutionen - Ämter, Parteien, Kammern, Gewerkschaften etc. -, bei denjenigen, die Gesetze und andere Spielregeln

(mit)gestalten. Die schlechte gesellschaftliche Lage sozial schwacher Menschen (Randgruppen) in einer reichen Gemeinschaft stellt nicht „die Diskriminierung“ dar, sondern ist bereits deren Ergebnis. Diskriminierung heißt weniger gehört zu werden als andere: entweder weniger eingebunden sein, weniger „gefragt werden“, oder weniger ernst genommen zu werden, nicht auf gleicher Augenhöhe zu stehen. Und bitte: Nur keine Almosen!

[Kurzer Exkurs:] Hier geht's übrigens keineswegs um eine (Neu)Gewichtung von Elementen direkter und indirekter Demokratie, sondern um die Ermöglichung von echter Beteiligung Betroffener - was ja wohl beide Formen, die direkte und die indirekte Demokratie, gewährleisten müssen, um den Namen „demokratisch“ zu verdienen. Ein Repräsentationssystem für Organisation, Diskussion und repräsentative Meinungsbildung sowie schließlich (Interessen)Vertretung, ist auch für sozial schwache Menschen (bzw. einzelne Gruppen á la Erwerbsarbeitsloser) in jedem Fall gesellschaftlich unersetzbar! [Kurzer Exkurs Ende.]

### **Schluss mit dem Immergleichen**

Ansatzpunkt geklärt, Umdenken notwendig: Damit künftige (strukturelle) Änderungen in die gewünschte Richtung gehen. Denn was mit fortschrittlich (ev. technokratisch), wohlstandsmehrend (ev. Freihandel), gerecht (ev. leistungsmotivierend), sinnvoll (etwa bei AMS-Maßnahmen) gemeint ist, brauchen wir keiner Minderheit (Eliten) überlassen. Vertrauen in das Entscheidenkönnen und -wollen der Massen vorausgesetzt, gilt es weniger politische Entscheidungen zu treffen, sondern vielmehr diese gleichberechtigt zu ermöglichen. Damit auch das neoliberale Monster besiegt wird:

- Damit im Namen der Armutsbekämpfung und der Wohlfahrtsmehrerung für „alle“ die Reichen nicht weiter reich werden - *wenn's der Wirtschaft gut geht, geht's der Wirtschaft gut.*
- Damit eine gerechtere Besteuerung nicht lediglich SteuerberaterInnen beschäftigt, neue (Um)Wege zu finden. Momentan ist die tatsächlich bezahlte Vermögenssteuer trotz riesiger Vermögen verschwindend gering – fast unabhängig von Steuersätzen am Papier.
- Damit es uns durch einseitiges (!) Kostensparen nicht über (staatlich subventioniertes oder geduldetes) Lohn- und Pensionsdumping immer schlechter geht.
- Dass nicht ständig der Missbrauch von oben regiert. Etwa die Ein-Euro-Jobs in Deutschland (von rot-grüner Regierung im berühmt-berüchtigten Gesetz „Hartz IV“ erfunden) dürfen nur im „öffentlichen Interesse“ liegen und keine vorhandenen Stellen ersetzen. „Stichproben des Bundesrechnungshofs ergaben kürzlich, dass ein Viertel der geschaffenen Stellen gegen die Zusätzlichkeitsanforderung offen verstößt und bei der Einrichtung von 50 Prozent der Stellen diese Frage vorsichtshalber nie geprüft wurde! In der Summe macht das glatte 75 Prozent ‚Missbrauch‘ des Staates an sich selbst.“ [Ernst Lohoff, Zu Hartz IV, 06/2006. [www.krisis.org](http://www.krisis.org)]
- Damit nicht der Verdacht nahe liegt, dass hinter der gestiegenen Zahl der Leistungs-Sperren durch das AMS Kalkül steckt: erstens Statistik beschönigen, zweitens Geld sparen, drittens Arbeitslose disziplinieren.
- Etc. etc.

### **Der Zuckerguss:**

Über das „eigene Schicksal“ (mehr) Mitbestimmen zu können ist nicht nur Menschenrecht, sondern angeblich auch sehr befriedigend.

Wolfgang Schmidt



Foto: Arthur Kuhn

# politik und gesellschaft – gegenseitige beeinflussung

## ***Eine Sichtbarmachung am Beispiel der Pflegedebatte***

*Politik als Netz menschlicher Beziehungen mit Rang- und Machtkämpfen, welche sichtbar werden, wenn die Kulissen der offiziellen Selbstdarstellung beiseite geschoben werden. Nichts scheint wichtiger in dieser Welt, als politisch zu überleben, die eigene Blöße zu verstecken und die der anderen zu entlarven.*  
[Heinrich Böll „Frauen vor Flusslandschaft“]

Eine kleine Elite entscheidet über gesellschaftliche Inhalte, die Menschen in unterschiedlichsten Lebenssituationen betreffen. Politik beruht auf einem asymmetrischen Machtprinzip. Politische und wirtschaftliche Netzwerke können aufgrund ökonomischer Ressourcen stärker ihre Interessen vertreten als einzelne Menschen mit wenigen ökonomischen Ressourcen.

Trotz der vorherrschenden Strukturen beeinflussen Alltagshandlungen die Politik. Menschen machen – mit ihren Handlungen bzw. Nicht-Handlungen – Politik. Sie reproduzieren und tragen die Entscheidungen der gewählten Elite mit.

Anhand der aktuellen Diskussion um die Altenpflege werden verschiedene soziale, gesellschaftliche und politische Aspekte deutlich, für die Politik und Gesellschaft Lösungen suchen bzw. im Alltag bereits angewendet werden.

Das Alter und die damit einhergehende Altenpflege haben in unserer Gesellschaft, in der die immerwährende Jugend so propagiert wird, keinen hohen Stellenwert. Boris Vian karikiert u.a. den gesellschaftlichen Umgang mit dem Alter, indem er in seinem Roman „Der Herzausreißer“ über einen „Alteleute-markt“ schreibt, bei dem alte Menschen zur Versteigerung angepriesen und unwürdig behandelt werden.

Bis auf einige Ausnahmen wie z.B. der Oberschicht wurden alte Menschen bereits früher von ihren Töchtern bzw. Frauen in der Verwandtschaft gepflegt. Diese Erwartungen werden von großen Teilen der Bevölkerung weiterhin getragen, wobei ökonomische und emotionale Faktoren diese soziale unausgesprochenen Abmachungen erschweren und jüngere Generationen auch nicht bereit sind diese zu erfüllen.

Die staatliche Unterstützung ist gering und bürokratisch sehr aufwendig, wenn ein Familienmitglied die Pflege übernimmt. Da in vielen Fällen keine Möglichkeit besteht, zusätzlich arbeiten zu gehen um die eigene Existenz zu sichern, entscheiden sich viele für eine Auslagerung der Pflege. Im Bereich der Pflege

arbeiten viele Frauen und in letzter Zeit immer stärker Migrantinnen. In diesen Berufen finden die genannten Zielgruppen Anstellungen, da diese Arbeit zu jenen auf der unteren Stufe unserer hierarchischen Gesellschaft zählt. Pflegeberufe wird häufig eine Ideologie der Mitmenschlichkeit angehaftet, die insbesondere Frauen zugeschrieben wird und dadurch die schlechte Bezahlung legitimiert wird, anstatt die harte Arbeit zu honorieren.

Medizinische Versorgung und Pflegearbeiten sind teuer, die Preise werden jedoch durch Ehrenamtlichkeit und Schwarzarbeit nach unten gedrückt. Betroffene suchen nach günstigen Möglichkeiten, die teilweise durch das Gesetz nicht gedeckt sind. Sowohl Menschen, die Pflege in Anspruch nehmen als auch Pflegende werden somit in die Illegalität getrieben. Aufgrund weniger ökonomischer Ressourcen entstehen auch im Pflegebereich Konkurrenz und Ressentiments, insbesondere MigrantInnen gegenüber. Diese werden zusätzlich von rassistisch-populistischen Parteien geschürt.

Altenheime, Hauskrankenpflege und Krankenhäuser übernehmen einen Teil der gesellschaftlichen Verpflichtung. Über die Altenpflege wird generell in der Gesellschaft und Politik wenig bis gar nicht diskutiert und so werden dann aus anlassbezogenen Fällen schnelle Lösungen herangezogen, anstatt umfassende Änderungen zu überlegen.

Die derzeit geführte Pflegediskussion verdeutlicht die Verstrickung verschiedener sozialer und politischer Bereiche – wie Altenpflege, Gesundheitspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Migrationspolitik.

Die Gesundheits- und Altenpflege ist: für Pharmaindustrie und Versicherungen ein florierendes Geschäft, für die ArbeiterInnen auf den unteren Stufen harte Arbeit und nicht immer Existenz sichernd, für alte Menschen oft ein mühsamer Dschungel von Bürokratie, der Abschied von der Gesellschaft einhergehend mit dem vermittelten Gefühl des Nichtgewünscht- und Ausgeliefertseins.

Hier zeigt sich wie Politik – die Rahmenbedingungen schaffen sollte – und Alltagshandeln der Menschen sich gegenseitig beeinflussen, wobei die herrschende Elite ihre Machtverhältnisse und ökonomischen Ressourcen nicht aus der Hand geben möchte.

*Martina Eberharter*

---

# der orf muss endlich 16 stunden hörspiele von mir senden, monatlich...

---

Teil 11

1

Mein Arzt hat mir Ruhe verordnet. Er hat gemeint, ich sei erschöpft. Weiß Gott wieso er darauf gekommen ist, von der Arbeit kann es nicht sein, schließlich bin ich Künstler und wie man allgemein weiß, arbeiten Künstler nichts. Ich bin trotzdem dem Rat meines Arztes gefolgt, denn ich weiß selbst, dass ich meine Ruhe haben will von dem österreichischen Fussball-Nationalteam, schlecht gekochten Spaghetti, dem ständigen Lamentieren über die Hitze, wenn es heiß ist, und über den Regen, wenn es regnet, dem schnellsten Verkehrsservice von Ö3 und der Bundesregierung in ihrer pervertierten Konstellation, die ein Witz und ein Trauerspiel gleichermaßen ist.

Deshalb habe ich mich im römischen Hinterland versteckt. Und bin dadurch obendrein in Sicherheit gewesen vor den Wahlplakaten, den sinnentleerten Wortgebilden, den grinsenden, unerträglichen Gesichtern einer auf das Showelement reduzierten Politik.

Politik ist in allen Epochen Show gewesen. Das braucht das Volk viel mehr, als das genaue Wissen über den Zustand.

Eine von Verstand und Weitblick getragene Analyse

ist wahrscheinlich für kaum eine Wählerstimme gut. Haider's Sager ohne Sinn und Verstand spülten ihm zuerst Wellen von Wählern in die Arme und mittlerweile sowohl ihn als auch sie von Bord eines dunklen, ständig wiederkehrenden Schiffes. Das ist aber nicht von Bedeutung, denn es zählt immer nur die nächste Wahl. Das Zusammenspiel von Lug und Trug ist immer ähnlich und dennoch funktioniert es. Jedesmal neu.

Die Spiele, die Aufmärsche, die Farben und Fahnen. Das belebt die Bäuche der Menschen. Das gemeinsame Unglück. Die kollektive Trauer.

Die Begeisterung und das Entsetzen über Hitlers „Halloween – Episode One“.

2

Über dem Ganzen werden darüber hinaus Systeme möglich, die für sich Gesetze schaffen, die sich nicht an der Gesetzmäßigkeit und der effektiven Normalität zu messen haben:

Ich bin in Cerveteri in der etruskischen Nekropole Banditaccia in der Sonne gesessen und habe ausgerechnet, dass ich knapp 16 Stunden Hörspiel im ORF veröffentlichen muss, um auf das Monatsgehalt von Monika Lindner zu kommen. Aber ich habe Zweifel, dass es nach Lindner Kulturkahlschlag überhaupt noch soviel Sendeplatz für Literatur gibt.

Mike Markart

---

# freie wahl bei der bedeutung von demokratie?

Österreich ist ein demokratischer Staat. Punkt. Eine Aussage, die wohl jede der wahlkämpfenden Parteien unterschreiben würde, ist sie doch in der Verfassung dieses Landes verankert. Dass dieser Umstand allein noch kein Grund ist, den Inhalt dieser Festlegung auch tatsächlich in die Praxis umzusetzen, beweist der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider seit Jahren, indem er konsequent die Erkenntnisse des, für eben diese Umsetzung juristisch zuständigen, Verfassungsgerichtshofes ignoriert und Ortstafeln aufstellt und demontiert wie und wo es ihm gerade passt. Die Bezeichnung eines Staates als *demokratisch* stellt schon per definitionem den unmittelbaren Gegensatz zu *totalitären* Systemen dar, das bedeutet weiters, dass demokratisch beschlossene Gesetze auch für alle gleichermaßen gelten und nicht aufgrund von Machtpositionen und eigenem Gutdünken ignoriert werden können. Haiders Verhalten ist also bereits auf der juristischen Basisebene des österreichischen Staates gesetzeswidrig. Die gesamte Causa ist nicht neu, deshalb aber keineswegs weniger inakzeptabel – sollte man zumindest meinen. Akzeptabel ist sie seit Jahren für den österreichischen Bundeskanzler Wolf-

gang Schüssel, der tolerierend und tatenlos zusieht, was da ein Vertreter und langjähriger Parteichef seines Koalitionspartners BZÖ treibt, gleichzeitig aber betont, wie wichtig ihm ein „verlässlicher“ Partner in der Regierung sei (ORF-Sommergespräche, 1. 9. 06). Fragt sich also, was Schüssel unter „verlässlich“ versteht – zumal er ja den Pakt mit einer Partei nicht gescheut hat, die bis zu diesem Zeitpunkt nie zu einer Wahl angetreten war und für die es demnach auch nie ein demokratisches Votum gab. Doch auch für die Zukunft schließt Schüssel, der im Wahlkampf auf staatstragendes Rot-Weiß-Rot setzt, die Fortsetzung einer solchen Zusammenarbeit nicht aus.

## Wie Schüssel „verlässlich“ definiert

Weiters erhebt er im selben Sommergespräch als Voraussetzung für eine mögliche Koalition den unabdingbaren Anspruch auf ein klares Bekenntnis zur EU von seiten des möglichen Partners. Haider ließ vor nicht allzu langer Zeit mit dem Vorhaben einer Volksabstimmung über einen EU-Austritt aufhorchen – für Schüssel offenbar aber kein Hindernis, das BZÖ ins koalitionäre Nachtgebet miteinzuschließen. Sein



Foto: Bettina Mayer

Verhalten und die Widersprüchlichkeit der eigenen Aussagen entsprechen damit eben seinem Verständnis von Verlässlichkeit...

Doch sowas funktioniert nur „weil er’s eben kann“ – sich leisten auf Kosten der Bevölkerung und des demokratischen Systems.

Wie eindeutig zweideutig Schüssels Diktion ist, zeigt sich in betreffendem Sommergespräch auch an der, auf die Frage nach den Schwierigkeiten der ÖVP mit der Gleichstellung homosexueller Paare, dezidierten Betonung, wie offen er doch für jegliche Form partnerschaftlichen Zusammenlebens sei, während er im nächsten Satz die Privilegien von Ehe und „echter“ Familien verteidigte. Das heißt, als echte Familie gilt dem Bundeskanzler ausschließlich ein heterosexuelles, verheiratetes Paar mit Kind(ern) – eine Definition, die sowohl homosexuelle als auch jede andere (familiäre) Weise (sprich beispielsweise AlleinerzieherInnen, unverheiratete Paare ohne Kinder, etc.) des Zusammenlebens auf den zweiten Rang verweist und damit unwidersprüchlich diskriminiert. Nicht einmal in der privaten, zwischenmenschlichen Beziehung gilt

für Schüssel also die demokratische, weil dann auch politisch gleichberechtigte, Wahlfreiheit...

### **Wer ist „wir“?**

Demokratie – das heißt nicht nur Entscheidung durch Mehrheit sondern Gleichberechtigung und Entscheidungsmöglichkeit und -freiheit aller. Dass dies noch immer eine Utopie ist, zeigt die (eben mangelnde) Bereitschaft, die tatsächliche Lebenssituation von jenen Menschen ins Bewusstsein und in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, die in Österreich leben und die aus der Erfolgsbilanz, die der Kanzler suggerieren will, offenbar ausgeschlossen blieben und bleiben.

Die Menschen, die, zum Teil eben durch die Maßnahmen der jetzigen Bundesregierung – siehe Privatisierungen, siehe Wirtschaftspolitik zugunsten der Konzernchefs und zu lasten der ArbeitnehmerInnen etc. – ihre Arbeit verloren haben und nun nicht nur mit ihren (berechtigten!) Existenzängsten leben müssen, sich gleichzeitig in Maßnahmen zur Statistik-Bereinigung (oder sollte man schreiben *-Säuberung*, was bei den laufenden Überlegungen in Richtung



Foto: Bettina Mayer

Zwangsmaßnahmen wohl eher zutrifft?!) konfrontiert sehen und dazu auch noch sozial gebrandmarkt werden, durch eine (gesellschafts-)politisch forcierten Einstellung à la *Wer Arbeit will, kriegt sie auch* (klar, Ellbogen raus, Psyche rein, kein Problem, fit für die Leistungsgesellschaft) und alle, die dabei auf der Strecke bleiben sind Sozialschmarotzer zulasten des Staates und Grassers Nulldefizits (genau, dieses unsinnige Ansinnen, das trotz des drastischen Abbaus von Sozialausgaben scheiterte, scheitern musste, dass aber Schüssel nichtsdestotrotz für die nächsten Jahre wieder anvisiert...).

Oder die Situation jener Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Gewalt und anderen machtpolitisch und –ökonomisch verursachten Katastrophen an die Tore einer Festung Europa und damit einer Festung Österreich klopfen, die oft jahrelang im gesetzlich luftleeren Raum hängen, und damit ohne jegliche Versorgung dastehen, weil sie auf die Entscheidung ihres Asylantrags warten, in überfüllten Flüchtlingsheimen, ohne Arbeitserlaubnis, ohne Einkommen, ohne Perspektive. Die dann mit Straches rassistischen FP-Wahlplakaten konfrontiert werden, eine „soziale

Heimatpartei“ propagierend, national und sozial (ist dieses Land tatsächlich immer noch so vergesslich oder im Freud’schen Sinn Meister im Verdrängen der eigenen Geschichte?), die dann, wenn der Traum von der „Sicherheit“, die die ÖVP wiederum mit Österreich assoziiert und wahlwirksam affiziert, für sie ausgeträumt ist, bei der Abschiebung von österreichischen Polizisten misshandelt und schwer verletzt werden, und die dann die Funktionsweise einer vorbildliche Demokratie vor Augen geführt bekommen, wenn die Schuldigen in den Genuß der Milde und Güte der österreichische Rechtsprechung kommen, aus der Amnesty International den Schluss zieht, dass Folter in Österreich offenbar als Kavaliersdelikt gilt.

Denkt Schüssel an diese Menschen, wenn er verkündet „Österreich. Hier geht’s uns gut.“ ? Bleibt die Frage, wen er mit *uns* tatsächlich meint und wie demokratisch, also für alle gleich gültig, dieses Statement zu verstehen ist – oder sind manchen Menschen andere einfach gleichgültig? Für wen gilt dann auch in Zukunft „Österreich. Bleibt besser.“?

*Evelyn Schalk*



# meine, deine, unsere rechte in der demokratie

---

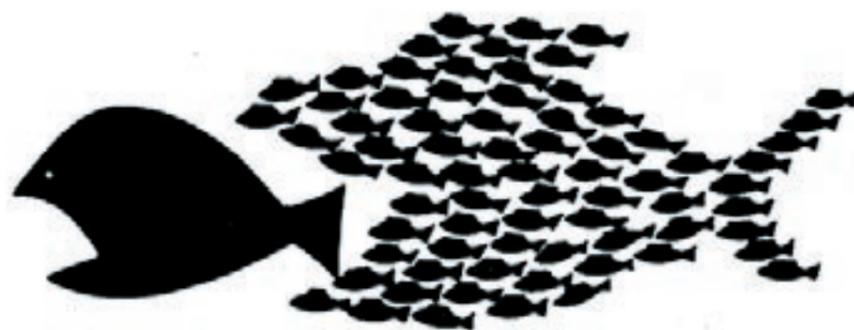
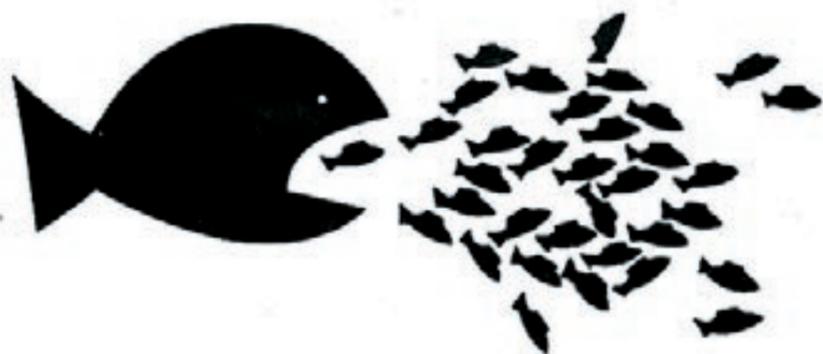
Der erste Eindruck, dass ein Thema wie „Politik und Gesellschaft“ nicht gerade die breiten Massen interessiert – ja, nicht einmal im Wahlkampf – ist nur bedingt wahr. Gibt man die beiden Begriffe als Suchanfrage bei Google ein, erhält man 2.240.000 Ergebnisse. Nicht alles davon ist sinnvoll, vieles ist doppelt angeführt – trotzdem, die Zahl ist beeindruckend. Aber kein Wunder, denn die realen Auswirkungen, einer oft mehr als abstrakt und abgehoben wirkenden Politik, kann man immer öfter am eigenen Leib erfahren. Denn selbst eine Gesellschaftspolitik, die oft nicht einmal (mehr) in Gesetze umgesetzt ist, wirkt sich auf die Lebensumstände und –führung eben der Menschen aus, aus denen sich eben das reale Pendant des abstrakten Begriffs „Gesellschaft“ zusammensetzt.

Kaum jemand, kann es sich anmaßen, zu entscheiden, wie ein Utopia, wie die perfekte Gesellschaft aussehen sollte, denn diese Vorstellung ist so indi-

viduell, so verschieden von Mensch zu Mensch, von Kulturkreis zu Kulturkreis... dass es wohl Abermillionen Welten geben müsste, um jedEn glücklich zu machen. Dennoch, in unserer „realen“ Welt, werden Entscheidungen getroffen – von Menschen, die genauso fehlbar sind wie alle andren – die unser aller Leben, manchmal bis auf die nackte Haut, das nackte Überleben betreffen. Wie sehr darf Politik in unser Leben eingreifen? Wie sehr können wir als mündige WählerInnen, als Teil einer Gesellschaft auf diese Politik und damit auf unsere eigene Lebenswelt einwirken? Oder kurz: Wie sehr darf ein demokratisches System, den/die EinzelEn, in der freien Entfaltung der eigenen Bedürfnisse einschränken? Ich will hier die Demokratie nicht in Frage stellen, sie ist eben nur „jene Regierungsform, bei der jeder bekommt, was die Mehrheit verdient.“<sup>1</sup> Und wie oft diese Mehrheit weiß, wie tief und hart sie ins Leben anderer eingreift, sei dahingestellt.

*Ulrike Freitag*

---



<sup>1</sup> James Dale Davidson, [www.zitate.de](http://www.zitate.de) (Stand: 3. 9. 06)

# reversed dawns

Teil 1



Foto: Bettina Mayer

Peter Silie



# impresum

*ausreißer #12*

Herausgeberin und Chefredakteurin

Evelyn Schalk

Redaktion

Ulrike Freitag  
Gerald Kuhn (Redaktionsassistent)

AutorInnen

Ines Aftenberger, Martina Eberharter  
Erwin Fiala, Mike Markart  
Wolfgang Schmidt

Graphik

Peter Silie

Fotos

Arthur Kuhn, Bettina Mayer

Cartoon

Jörg Vogeltanz

Gestaltung

Andreas Brandstätter

**Verleger und Herausgeber:** „ausreißer“- Grazer Wandzeitung.

Verein zur Förderung von Medienvielfalt und freier Berichterstattung

**Kontakt:** „ausreißer“ - Grazer Wandzeitung, c/o Forum Stadtpark 1, 8010 Graz, Tel.: 0316/ 82 77 34 DW 26  
[ausreisser@gmx.at](mailto:ausreisser@gmx.at), Bürozeiten: Di, Do 11-16 Uhr (Gerald Kuhn)

außerhalb der Bürozeiten: Evelyn Schalk: Tel.: 0676/300 93 63, [schalke@stud.uni-graz.at](mailto:schalke@stud.uni-graz.at)

**Internet:** Die vergangenen Ausgaben sind unter <http://kig.mur.at> online abrufbar!

**Standorte:** Forum Stadtpark, KiG! - Kultur in Graz, das andere Theater, Geidorfkino, Mediathek, Spektral, Galerie Remixx, Fassade Kirche St. Andrä, Schauspielhaus, Uni-Hauptbibliothek (Foyer), Bibliothek der Pädak Hasnerplatz, Fassade BAN -Sozialökonomischer Betrieb, Jugendzentrum Mureck, Theaterzentrum Deutschlandsberg

**Thema der nächsten Ausgabe:** „Todsünde: Leben“

Der „ausreißer“ ist ein offenes Medium, die Zusendung von Beiträgen somit herzlich erwünscht, die Publikationsauswahl liegt bei der Redaktion, es erfolgt keine Retournierung der eingesandten Beiträge.

Da der „ausreißer“ auf Anzeigenschaltung verzichtet um tatsächlich unabhängig publizieren zu können, ist Eure Unterstützung besonders wichtig: Kontonummer: 52688145201, BA/CA, BLZ 12000

© Die Rechte verbleiben bei den AutorInnen



# menschen eben

---

Am dicksten ast hocken sie.  
die glaskaraffe gefüllt  
saugen sie alles wasser  
aus den wurzeln des baumes.

Unsre blätter sind noch nicht feucht genug  
lügen sie dem satten grün ins gesicht.

aber die schwachen zweige  
neben ihnen verdorren  
und vertrocknete körper  
zerschellen auf den steinen.

Den lärm brechender knochen zu hören  
haben sie vor langer zeit schon verlernt.

brotberge und obsthaine  
verkümmern während kinder  
in ewig fernen dörfern  
an leeren tellern sterben.

Mit keimfrei gefilterter buttermilch  
wischen sie den abdruck toter hände ab.

und da gibt es noch welche  
menschen eben - menschen halt  
die den mord schicksal nennen.  
die welt ist ein spiel. lächle.

Sie graben in das innere des astes  
auf dem sie noch immer hocken. verliebt

in seine goldenen wasseradern  
fangen sie die tropfen auf  
und schleppen sie zu markte  
für jene die es bezahlen.

Durch das letzte stückchen fressen sie sich  
hinaufstarrend in den blauen himmel

während der abgrund schon gähnt  
lauernd zu ihren füßen.  
geht nur einen schritt weiter  
und sie beißen den ast ab  
auf dem sie alle saßen.

Ich glaube sie haben es nicht einmal bemerkt.

Ines Aftenberger